

Zeitschrift: Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik
Herausgeber: Widerspruch
Band: 41 (2022)
Heft: 79

Artikel: Ein halbes Jahrhundert Zuger "Bulletin" : ideelle Kontinuitäten und Erinnerungspolitik am Beispiel eines linksalternativen Organs
Autor: Lang, Josef
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1055729>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 15.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Ein halbes Jahrhundert Zuger «Bulletin»

Ideelle Kontinuitäten und Erinnerungspolitik am Beispiel eines linksalternativen Organs

Der Ukraine-Krieg hat in keinem und über keinen Kanton so viele Diskussionen, Publikationen, Aktionen und Vorstösse ausgelöst wie in und über Zug. Das hat zwei Gründe: «Zug ist eine Hochburg des ökonomischen Putinismus. Aber auch des politischen Antiputinismus.» (Lang 2022) Vor diesem doppelten Hintergrund sollen die besondere Rolle der Neuen Zuger Linken mit ihren beiden Spezialitäten, Konzern- und Standortkritik sowie Antistalinismus, vorgestellt werden. Der politische Zeitraum von fünf Jahrzehnten deckt sich mit einer publizistischen Kontinuität von über fünfzig Jahren *Bulletin*. Es war ein *Info-Bulletin*, wie es anfänglich hieß. Darüber hinaus pflegte es aber bereits Ende der 1970er-Jahre eine eigene Erinnerungskultur.

Hätten die Zuger Linksalternativen nur antikapitalistische und antistalinistische Konzern- und Standortkritik betrieben, hätten sie nicht bereits 1991 mehr als zehn Prozent und 2019 fast zwanzig Prozent der Stimmen bei Nationalratswahlen gemacht. Die soziale Frage, insbesondere das Arbeiten und das Wohnen, der demokratische Kampf gegen den politisch-wirtschaftlichen Komplex, der Antimilitarismus und die Ökologie spielten seit 1971, der Feminismus seit 1975 in der alltäglichen Praxis eine mindestens so starke Rolle. Aber die dynamische Globalisierung des Zuger Wirtschaftsstandortes im gleichen Zeitraum bot die Chance für einen konkreten Internationalismus, der sich an brisanten Beispielen entfalten liess. Die bürgerlich-zugerische Spezialität von Umgehungsgeschäften, beispielsweise für das Apartheidregime oder die Stasi, traf auf einen humanistischen Marxismus, dem Blockdenken fremd war.

Vom Info-Bulletin zum Bresche-Info-Bulletin

Das erste *Info-Bulletin* erschien im Juni 1971 und verstand sich als «offizielles Organ» von fünf Arbeitsgruppen: einer bildungs- und einer drogenpolitischen sowie der Basisgruppe für Lehrlingsfragen (BLZ), der Arbeitsgruppe Dritte Welt (ADW) und der Gruppe Kantonsschule. Kurz darauf kamen die Internationale der Kriegsdienstgegner (IDK) und die Jugendforen Cham und Steinhausen dazu. In den Vormonaten hatte sich die Neue Zuger Linke engagiert in Unterschriftensammlungen für ein Waffenexportverbot (1970), gegen die Todesurteile in Burgos (gegen sechs baskische ETA-Mitglieder) und Leningrad (gegen zwei jüdische Refuseniks)¹ sowie für das Lausanner Modell. Das Volksbegehren hatte eine Ausbildungsförderung für Erwachsene gefordert. Für die 1974 zurückgezogene Initiative waren in Zug unter dem Titel «Information» vier Dossiers veröffentlicht worden. Deshalb trug das erste *Info-Bulletin* die Nummer 5.

Dessen aktivste Träger:innen waren die aus der Jungen Kirche Baar entstandene BLZ, die 1972 den Kampf für ein autonomes Jugendhaus aufnahm, die ADW, die 1971 und 1972 in der Reformierten Kirche je ein Weihnachtshungern durchführte, die Umweltgruppe des Jugendforums Steinhausen, die gegen den Autowahn agierte, und die Info-Gruppe, die das *Bulletin* produzierte.

1973 schloss sich die Mehrheit der Info-Gruppe der Sozialdemokratischen Partei (SP) an und bildete dort die SP-Aktiv (SPA). Die Lehrlinge und Mitglieder der ADW gründeten die Zuger Sektion der Revolutionären Marxistischen Liga (RML), die sich stark über ihre Zugehörigkeit zur antistalinistischen IV. Internationale definierte. Das *Info-Bulletin*, dessen letzte Nummer im April 1973 erschienen war, wurde vier Jahre später von der RML wiederbelebt – unter dem Namen *Bresche-Info-Bulletin*. Es wurde etwa 300 Mitgliedern, Sympathisant:innen und Interessierten verschickt und erschien bis April 1981 neunzehnmal in einfacher, aber gediegener Form als Broschüre. Danach wurde es während sechs Jahren unter dem gleichen Namen als Brief versandt, dem Flugblätter, Einladungen und der Bericht «SAP im Gemeinderat» beigelegt wurden.²

Lokaler Internationalismus und erster Rückblick

Auch wenn im ersten *Bresche-Info-Bulletin* beteuert wurde, dass es «im Gegensatz zur (nationalen) Bresche lokalen Charakter» (Roth 1977) hat, spielte der Internationalismus eine starke Rolle. Beispielsweise thematisiert der im Februar 1981 versandte Jahresrückblick unter dem Titel «Die polnischen

Arbeiterinnen und Arbeiter – die Frauen und Männer des Jahres 1980» zusätzlich die sozialen und demokratischen Bewegungen in folgenden Ländern: Nicaragua, El Salvador, Brasilien, Uruguay, Südkorea, Palästina, Simbabwe, Südafrika. In Europa werden die italienischen Betriebsräte, die britischen Shop Stewards (gewerkschaftliche Vertrauensperson) und die gewerkschaftliche Linke in der BRD gewürdigt. In der Schweiz werden die Drucker:innen als «Eisbrecher» und die Jugendbewegung, von der dieser Begriff stammt, gefeiert.

Arg blauäugig wird der «Rechtsrutsch in den USA» bloss als «innerbürgerlicher Prozess» bezeichnet. Realistischer ist der Blick auf die Sowjetunion und den Iran: «Die wichtigsten Rückschläge musste die Welt-Arbeiterbewegung erleben durch die russische Invasion in Afghanistan, welche der Sache des Sozialismus grossen Schaden zufügt und im Iran, wo die klerikal-islamische Führung droht, die Revolution in eine tödliche Sackgasse zu führen.» In China wird «das Wiederaufleben von stalinistischen Prozessmethoden nach einigen Jahren der demokratischen Öffnung» und deren «demoralisierende Folgen» auf «alle kritischen Chinesen» kritisiert (Bollinger/Lang 1981).

In fünf Nummern erzählt Bruno Bollinger zum zehnten Jahrestag des «Mai 68» die «Entstehung der Zuger Neuen Linken». Der Autor, ehemaliger Lehrling im Grossbetrieb Landis&Gyr (L&G), hat im Herbst 1975 als L&G-Arbeiter für die RML gegen den L&G-Boss und FDP-Nationalrat Andreas Brunner kandidiert. Die SP, die letztmals 1959 für einen der beiden Zuger Sitze angetreten war, wollte der RML das linke Feld nicht überlassen. Zur grossen Überraschung eroberte die SP mit ihrem Regierungsrat Thomas Fraefel den bisherigen FDP-Sitz. Ein halbes Jahr später, im März 1976, wurde Bollinger wegen eines Flugblatts entlassen, das die Gewerkschaften aufgefordert hatte, gegen die Verweigerung des Teuerungsausgleichs eine Betriebsversammlung durchzuführen.

Bollingers Chronik (1978; 1979), die seine Entlassung nur kurz erwähnt, stellt die extreme Ausgrenzung seitens der anderen Parteien, Behörden, Medien wie auch des Gewerkschaftskartells anschaulich und nüchtern dar. Militär- und Zivilprozesse, Zeitungs-, Demonstrations-, Beizen- und Berufsverbote, aber auch das Demokratische Manifest³ von 1976/77 und der Sieg über die Bundessicherheitspolizei 1978 nehmen einen wichtigen Platz ein.

Ein Akt der Repression erwies sich als besonderer Bumerang. Die RML hatte nach der Weigerung der polizeilich unter Druck gesetzten Medien, eine brisante Enthüllung über einen regierungsrätlichen «Verwaltungsrats-sammler» zu veröffentlichen, eine Initiative gestartet, in der die unterdrück-

ten Informationen in die Begründung für dieselbe eingebaut wurden. Das Volksbegehren, das die Unvereinbarkeit von Exekutive und Verwaltungsratsmandaten verlangte, schaffte im Dezember 1977 über 37 Prozent Ja-Stimmen (Bollinger 1978; 1979). Allerdings waren damals weder der Autor noch dessen Kollektiv in der Lage, in solchen Auseinandersetzungen den brisanten Kern eines Zuger Antikapitalismus zu erfassen. Der Hauptfokus blieb auf dem Betriebskampf.

Skandal-Kaskade mit politischen Folgen

Die 1980er- und frühen 1990er-Jahre standen im Zeichen einer Skandal-Kaskade, wie sie Stadt und Kanton Zug noch nie erlebt hatten. Folgen auf behördlicher Ebene waren die Verluste der absoluten Mehrheiten der Christdemokratischen Volkspartei (CVP) im Regierungs- und im Kantonsrat, der Einzug der Neuen Linken in die Legislativen der Stadt (1982) sowie des Kantons (1986) und in die Exekutive (1990); wie auch die Unvereinbarkeit von Regierungs- und privaten Verwaltungsratsmandaten. Der grösste Skandal waren die strategisch entscheidenden Öllieferungen der Marc Rich⁴ an Südafrika nach dem Fall des Schah-Regimes 1979. Am 11. April 1983 thematisierte das *Bulletin* die – für ausländische Medien – unglaubliche Tatsache, dass der (einzig) Staatsanwalt gleichzeitig Verwaltungsrat bei der Marc Rich war. Der Artikel stellte die Frage: «Wann wird der oberste Ankläger des Kantons seine Firma vor Gericht stellen?»

Am 1. Dezember 1983 war der *Bulletin-Brief* den britischen Miners⁵ gewidmet. Ein halbes Jahr später versperrten SAP- und andere Aktivist:innen mit einer Ladung Kohle Margaret Thatcher die Zufahrt zu ihrem Ferien-schloss am Zugersee.

Am 9. Oktober 1985 war das *Bulletin* mit zwei Fotos illustriert. Das zeitgenössische Foto zeigte Hunderte von Personen vor dem Marc-Rich-Gebäude am Start zum «Apartheid-Parcours». Dieser passierte ein Dutzend Gebäude, in denen mit dem Rassistenregime Geschäfte betrieben wurden. Auf dem historischen Foto prangte über der Uhr des Zytturms der Stadt Zug der Slogan: «Nein zu den Todesurteilen.» Am 28. September 1975 hatten SAP-Mitglieder das Wahrzeichen der Kolinstadt besetzt, um gegen die Erschiessung von fünf Antifrankisten zu protestieren.

1987 ergriff die neu gegründete Sozialistisch Grüne Alternative (SGA) aus Mitgliedern der bisherigen SAP, linken Sozialdemokrat:innen und parteilosen Aktivist:innen aus der Ofra (Organisation für die Sache der Frau), GSoA (Gruppe für eine Schweiz ohne Armee), dem VCS (Verkehrsclub der

Schweiz), dem Zentralamerikakomitee und den Gewerkschaften die Chance, das *Bulletin* neu zu lancieren. Das *SGA-Bulletin*, das im Februar 1987 erstmals erschien, kommt seit 35 Jahren jährlich viermal in Magazinform heraus. Es hat eine eigenständige Redaktion, finanziert sich dank Beiträgen aus Abonnementen und einem Unterstützungsverein selber. Bereits im zweiten Jahr 1988 erreichte es laut Impressum der Nummer vier eine Auflage von 850. Der Umfang pendelte sich zwischen 28 und 32 Seiten ein.

Seit 1999, ab Nummer 3, heisst das Magazin *Bulletin des Alternativen Zug*. Mit der Namensänderung sollte laut Editorial die Beteiligung der anderen alternativen Parteien, mit denen die SGA seit 1990 die Alternative Fraktion bildete, erleichtert werden. Damit nahm das *Bulletin* (1999, 3) die Gründung der Alternative Kanton Zug aus SGA und Lokalgruppen im August 2005 vorweg.

Das *SGA-Bulletin* in den Wendejahren

Obwohl sich das *SGA-Bulletin* im Unterschied zum *Bresche-Info-Bulletin* nicht ideologisch, sondern politisch definierte und die Alltagsarbeit und das Institutionelle stärker gewichtete, blieb es der internationalistischen Konzern- und Standortkritik sowie der antistalinistischen Ausrichtung treu. Zudem verstärkte es die Pflege der Erinnerungskultur.

1989 postulierte Daniel Brunner, dass es zu einer «radikalen Reformpolitik» gehöre, «die falschen Quellen des Zuger Geldsegens – erarbeitet durch Menschen in der Dritten Welt, aber auch in anderen Kantonen – anzuprangern» (Brunner 1989). Als Beispiel «dieser konsequenten Politik» erwähnte der Gemeinderat von Zug den der zitierten *Bulletin*-Ausgabe beiliegenden Referendumsbogen gegen eine Steuersenkung. Das Referendum wurde von der SGA zusammen mit dem Zentralamerikakomitee gestartet. Das Mitmachen des Zentralamerikakomitees diente dazu, das zugerische Steuerdumping «insbesondere gegenüber der Dritten Welt und der dort notleidenden Bevölkerung» als «unsolidarisch» darzustellen. Diese weltsolidarische Spitze nervte die Bürgerlichen am meisten, erst recht, als am 4. Juni 1989 vierzig Prozent der Zuger:innen das Steuergeschenk ablehnten. Wie seriös der Abstimmungskampf geführt wurde, zeigt das Dossier mit dem Titel «Zuger Spezialitäten» (Uster, 1989). Im *Bulletin* 2 von 2022 wurde die «erfolgreiche Niederlage» in Erinnerung gerufen, um für ein aktuelles Steuerreferendum Mut zu machen.

Die erste bedeutende Amtshandlung des Ende 1990 gewählten SGA-Regierungsrats Hanspeter Uster hatte internationalistischen Charakter. Vor

dem Hintergrund der kurdischen Flüchtlingsfrage, die damals die Schweiz beschäftigte, reiste Uster im Februar 1991, seinem zweiten Monat als Polizeidirektor, nach Kurdistan. Im Mai darauf weigerte er sich, für die Ausschaffung der «Flüeli-Ranft-Kurden»⁶ Zuger Polizist:innen nach Obwalden zu schicken. Über die Reise und die Asylpolitik schrieb er im *Bulletin* 2 vom Juni 1991 einen ausführlichen Text. Vor dem Hintergrund des 600. Geburtstages von Bruder Klaus⁷ rief das *Bulletin* im März 2017 die damalige Wertedebatte zwischen Alternativen und CVP in Erinnerung. Dabei ging es auch um die Bewertung der 2016 lancierten CVP-«Wertedebatte».⁸

Die Firma Marc Rich, die 1994 zur Glencore wurde, blieb das Hauptthema. Insbesondere der harte Arbeitskonflikt in Ravenswood (West Virginia) zwischen der Steelworkers Union und dem Zuger Konzern füllte 1991 (*Bulletin* 3) und 1992 (*Bulletin* 1, 3) mehrere Seiten. Es war das *Bulletin* 3, das im September 1994 enthüllte, dass der «Schlüssel» für die Entmachtung von Rich im eigenen Konzern «in Ravenswood» liegt. Nach der umstrittenen Begnadigung von Rich durch Bill Clinton im Januar 2001 erschien ein Rückblick über den Kampf gegen das «Marc-Rich-Imperium» (Lang 2001). Zu den Adressat:innen gehörte die globalisierungskritische Bewegung.

In den «Wendejahren» (1988–1992) wurden im *Bulletin* weiter zwei atomare Aufrüster ausführlich behandelt, die mit bürgerlichen Wirtschaftsanwälten aus Zug verbunden waren. Die einem Altnazi gehörende Orda AG⁹ hatte schweres Wasser aus der UdSSR und aus China nach Pakistan, Indien und Argentinien verschoben. Die Consen-Gruppe hatte unter anderem der argentinischen Junta und Saddam Hussein Mittelstreckenraketen und letzterem zusätzlich Brandbomben vermittelt (*Bulletin* 1988, 1, 2, 4; 1991, 1).

Am brisantesten waren die «Stasi-Connections», die die SGA schon früher thematisiert hatte, die aber erst mit der Öffnung der Stasi-Archive 1992 bewiesen werden konnten. Das *Bulletin* (1992, 4) berichtete ausführlich über die «Stasibeschaffungslinie 4»¹⁰ mit Zentrum in der Zuger Altstadt, deren Strohmänner aus den drei bürgerlichen Parteien (CVP, FDP, SVP) sowie über die heftigen Debatten im Stadt- und Kantonsparlament. Der CVP-Stadtpräsident Othmar Kamer bezeichnete dabei den SGA-Abgeordneten Martin Stuber im Gemeinderat als «fräche Siech (frecher Kerl)» (Kern 1992; Stuber 1992). Zum 30. Jahrestag des Mauerfalls erschien im *Bulletin* (2019, 4) unter dem Titel «Stasi im Kanton Zug» eine Zusammenfassung der damaligen Ereignisse und Debatten. Über die Zuger Bürgerlichen wiederholte der Text eine Aussage aus dem Jahre 1988: «Öffentlich predigen sie antikommunistisches Wasser, heimlich trinken sie stalinistischen Wein.» (Lang 2019)

Drei Beispiele von Erinnerungspolitik

Ein Jahr vor der Stasi-Debatte von 1992 hatte ausgerechnet der aus der CVP scharf angegriffene Alternative Stuber in einem fünfseitigen Rückblick den Bürgerlichen einen «Lernprozess» attestiert. So war erstmals eine Kritik der CVP an Marc Rich im Zusammenhang mit Ravenswood zu vernehmen. Der Text mit dem Übertitel «20 Jahre Bonanza» liefert eine hervorragende Dokumentation der wichtigsten Standort-Auseinandersetzungen seit der Verwaltungsratsinitiative 1977. Die Mehrheit der *Bulletin*-Leser:innen dürften von dieser das erste Mal erfahren haben (Stuber 1991).

Einen anderen Ansatzpunkt für Erinnerungspolitik wählte Gisela Hürlimann 1996. Sie wertete die Zuger Staatsschutzakten, die 1989 nach Bern geschickt und 1995 wieder rückerstattet worden waren, aus, am Beispiel von sechs SGA-Mitgliedern. Angesichts der Rolle von Zuger Bürgerlichen bei den Stasi-Umgehungsgeschäften in den 1980er-Jahren ist es brisant, dass eine Motorradtour des damaligen Trotzkisten Stuber in die DDR den Nachrichtendienst, den militärischen Sicherheitsdienst in der Schweiz und die Zuger Kantonspolizei jahrelang beschäftigte (Hürlimann 1996). Die Fichenaffäre¹¹ wurde zum 50. Geburtstag von 1968 nochmals abgehandelt – mit einem Ausstellungstext des Zuger Staatsarchivs (*Bulletin* 2018, 1).

In den 1980er-Jahren war die Zuger Kollaboration mit dem Apartheid-Regime ein zentrales Thema im *Bulletin*, das mit seinem Ende 1994 an Brisanz verlor. Das *Bulletin* rief aber im März 2014 die Rolle des Zuger Standortes wie auch die der Opposition und die harte Polarisierung zwischen den beiden ungleichen Lagern (Alternative gegen Apartheid) in Erinnerung (Lang 2014). Der Rückblick sollte Jüngeren, die oft erstaunt sind über die Heftigkeit der Bürgerlichen und die Zurückhaltung der SP, zeigen, dass die Alternativen selbst im Kampf gegen die Apartheid-Kollaboration alleine geblieben waren.

Im *Bulletin* wurden in den 1990er-Jahren der Golfkrieg 1991 und der Balkankrieg 1992–1999 stark thematisiert. Die erste Ausgabe 1991 hatte einen komplett schwarzen Umschlag. Der Titel lautete: «Zug am Golf». Damit waren Waffen- und Ölgeschäfte durch Zuger Gesellschaften gemeint. Der Krieg in Ex-Jugoslawien betraf den Wirtschaftsstandort im Zusammenhang mit der Ost-Mafia, die sich in Zug einzunisten versuchte. So sass im Verwaltungsrat einer russisch-serbischen Öl firma der damalige Zuger Vizestaatsanwalt (Uster 1995). Gleichzeitig engagierte sich die SGA für Frauenprojekte in Ex-Jugoslawien und den Wiederaufbau – auch mit städtischer Hilfe (Landolt 1993; Fehlmann 1994).

Das *Bulletin* und die zweite Skandal-Kaskade

Nachdem die zweite Hälfte der 1990er-Jahre die ruhigste Zeit seit 1980 gewesen war, nahmen die Skandale in den 2000er-Jahren wieder zu. Im Oktober 2002 wurde Wladimir Putin im Zuger Casino ein – vom Kreml selber angelegter – Friedenspreis verliehen. Einen Monat später brach der Schrottanker «Prestige» vor dem galizischen Finisterra auseinander. Er war von einer Zuger Firma, die einem Moskauer Oligarchen gehörte, gechartert worden (Bulletin 2002, 4).

Zwei Jahre nach dem Irak-Krieg (2003) stellte sich heraus, dass die Glencore eine Hauptprotagonistin des Oil-for-Food-Skandals gewesen war. Etwa zwölf Prozent aller Schmiergeldzahlungen an das Saddam-Hussein-Regime waren vom Zuger Glencore-Konzern geleistet worden. Die Alternativen reichten dazu im Kantonsrat eine Interpellation ein, was im *Bulletin* (2005, 4) nachzulesen ist. In den folgenden Jahren erwarb sich die Glencore einen Ruf, der fast so schlecht war wie der einstige der Marc Rich. Ein häufiges Thema im *Bulletin* war die «Ausbeutung von Mensch und Umwelt durch die Kohlenmine Cerrejon in Kolumbien» (Zeiter 2007). Eine Klimaaktivistin schrieb später über den Rohstoffgiganten den Text «Kohle mit Kohle» (Gut 2019).

Im letzten Jahrzehnt erhielten die Zuger Alternativen Unterstützung von zwei Seiten. Die entwicklungspolitischen Organisationen entdeckten das Rohstoffthema. Die Erklärung von Bern führte 2012–18 gemeinsam mit den Alternativen «im Reich der Rohstoffhändler» gut besuchte Stadtrundgänge durch (Hürlimann 2012) Die Panama und Paradise Papers, Crypto- und Luanda-Leaks, veröffentlicht durch journalistische Netzwerke, führten zu Aktionen, Vorstößen und *Bulletin*-Artikeln (2017, 4; 2020, 1, 2).

Als der Kantonsrat Luzian Franzini über die «Zuger Angola Connections» schrieb (2020), konnte er nicht wissen, dass die «Angola-Kampagne» der Arbeitsgruppe Dritte Welt (ADW) ein wichtiges Thema in den *Bulletins* von 1972 gewesen war. Die MPLA (Volksbewegung zur Befreiung Angolas), für die sich die ADW damals engagiert hatte, wurde später zu einer der korruptesten Regierungsparteien in Afrika (Bulletin 2020, 2; 1972, 10, 11, 12).

Während all die Skandale der letzten zwanzig Jahre die Bürgerlichen nur wenig erschütterten, sieht es im Fall des Ukraine-Krieges anders aus. Wie konnte Zug in eine solche Situation geraten? Wie sich in den *Bulletins* nachverfolgen lässt, liegen die beiden Ursprünge in den 1980er-Jahren. Die Marc Rich richtete sich stark auf die Sowjetunion aus, was die Glencore gegenüber Russland vertiefte. 2017 wurde deren CEO Ivan Glasenberg von Staatspräsident Putin der russische Freundschaftsorden verliehen. Und die

Stasi-Beschaffung schuf jene ostdeutschen und zugerischen Seilschaften, die Putin, der in der DDR KGB-Agent gewesen war, in den 1990er-Jahren zu verknüpfen begann. Spätestens Ende 2005, als nach Gazprom die Nord Stream und andere staatsnahe Firmen in Zug landeten, wurde klar, dass hinter Putins Friedenspreis eine strategische Entscheidung gestanden hatte (Lang 2022).

Das drei Wochen nach Putins Ukraine-Invasion publizierte März-*Bulletin* war schwergewichtig der Rolle des Zuger Rohstoffhandelsplatzes bei der russischen Aufrüstung gewidmet. Unter anderem beinhaltete es die Rede, die Julia Künig, Copräsidentin der Jungen Grünen, auf dem Putin-Rohstoff-Rundgang vom 3. März 2022 gehalten hatte: «Kriege kosten enorm viel Geld, und dieses Geld kommt in diesem Fall aus dem Rohstoffhandel.» (Künig 2022) Ein anderer Text mit dem Titel «40-mal vor der NordStream» erzählt den Weg Zugs in die «Putin-Falle» und ruft den alternativen Widerstand dagegen in Erinnerung (Lang 2022).

In der Juni-Ausgabe 2022 des *Bulletins* schrieb dessen Redaktionsmitglied Luzian Franzini: «Das Zuger Modell von tiefen Steuern und einer anbiedernden Willkommenskultur kommt immer mehr unter Druck. Dies auch dank der jahrelangen Arbeit der Alternativ-Grünen.» (Franzini 2020) Zu dieser Arbeit gehört das 51-jährige *Bulletin*, an dessen Anfängen die Arbeitsgruppe Dritte Welt und eine Solidaritätsaktion für antifrankistische und antistalinistische Gefangene stehen.

Anmerkungen

- 1 Im Dezember 1970 wurden in Leningrad zwei Juden, die gemeinsam mit zwölf jüdischen und zwei nichtjüdischen Dissident:innen die Entführung eines Flugzeugs zwecks Ausreise nach Israel geplant hatten, zum Tode verurteilt. Aufgrund weltweiter Proteste und der Begnadigung von sechs Etarras in Spanien Ende Dezember 1970 wurden die Todesstrafen gegen die beiden Refuseniks im Januar 1971 in Zwangsarbeit umgewandelt.
- 2 SAP: Sozialistische Arbeiterpartei
- 3 Das Demokratische Manifest (DM) wurde im April 1976 von linken Intellektuellen, Politiker:innen und Aktivist:innen lanciert. Der spektakuläre Einbruch in das Privatarchiv des «Subversivenjägers» Ernst Cincera führte zur Gründung zahlreicher DM-Kantonektionen.
- 4 Die Marc Rich + Co entstand 1974 in Zug aus einer Abspaltung des damals grössten Rohstoffkonzerns Philip Brothers. Weltberühmt wurde die stark gewordene Marc Rich 1983 durch eine Klage aus den USA wegen des grössten Steuerbetrugs in deren Geschichte. Dem Gründer und Hauptbesitzer Marc Rich drohten 325 Jahre Gefängnis. Im Januar 2001 wurde er von Bill Clinton begnadigt, was zu grossen Protesten führte. Sieben Jahre zuvor war aus der Marc Rich nach einem Management-Buy-out die Glencore geworden.
- 5 1984/85 fand in Grossbritannien mit dem Minenarbeiterstreik der grösste Arbeitskampf seit 1926 statt. Der Sieg von Premierministerin Margaret Thatcher über die Miners bedeutete eine historische Niederlage für die britische Gewerkschaftsbewegung.
- 6 Das Obwaldner Friedendorf Flüeli-Ranft nahm im Januar 1991 kurdische Flüchtlinge auf, nachdem deren Asylgesuche abgelehnt worden waren. Nach einem Hungerstreik wurden sie auf Anweisung des Bundes im Mai 1991 in die Türkei ausgeschafft.

7 Der Bauer, Politiker und Krieger Niklaus von Flüe (1417–1487) wurde 1467 Emerit im Flüeli-Ranft. Wegen seiner Spiritualität und seiner Ablehnung des Söldnerwesens war er anfänglich ein Vorbild der Reformation. Später wurde er vom Katholizismus beansprucht und 1947 vom Vatikan heiliggesprochen.

8 Die christlich-abendländisch geprägte «Weretedebatte», die vor allem auf den Islam zielte, wurde 2016 vom neuen CVP-Präsidenten Gerhard Pfister lanciert. Da dieser ein offensiver Vertreter des Zuger Rohstoffhandelsplatzes war, hatte sie eine besondere Brisanz und auch deshalb nur ein kurzes Leben.

9 Die Orda AG des ehemaligen Wehrmachtoffiziers Alfred Hempel war ein Teil des deutschen Nukem-Skandals (1988). In diesem ging es um illegale Atomgeschäfte.

10 Die Stasibeschaffungslinie 4, die über Zug lief, diente in den 1980er-Jahren der Umgehung des westlichen Hightech-Embargos gegen die DDR. Dazu gehörten Geräte zur Überwachung jener Opposition, mit der die Neue Zuger Linke verbunden war.

11 Am 22.11.1989 wurde publik, dass das schweizerische Überwachungssystem 900 000 Karteikarten angelegt hatte. Betroffen waren vor allem Ausländer:innen und Personen aus dem linken, pazifistischen und ökologischen Spektrum.

Literatur

Bollinger, Bruno, 1978: Die Entstehung der Zuger Neuen Linken. In: Bresche-Info-Bulletin 6; 7

Bollinger, Bruno, 1979: Die Entstehung der Zuger Neuen Linken. In: Bresche-Info-Bulletin 11; 12; 13

Bollinger, Bruno / Lang, Josef, 1981: Die polnischen Arbeiterinnen und Arbeiter – die Frauen und Männer des Jahres 1980. In: Bresche-Info-Bulletin 18

Brunner, Daniel, 1989: Bilanz und Perspektiven. In: SGA-Bulletin 1

Fehlmann, Barbara, 1994: Pakrac – Grenzen überwinden. In: SGA-Bulletin 1

Franzini, Luzian, 2020: Zuger Angola Connection. In: Bulletin 2

Franzini, Luzian, 2022: Opposition in Krisenzeiten. In: Bulletin 2

Gut, Christina, 2019: Kohle mit Kohle. In: Bulletin 1

Hürlimann, Andreas, 2012: Zug steht in der Pflicht. In: Bulletin 2

Hürlimann, Gisela, 1996: «Ausser dass er Mitglied der LMR ist, ist nichts Nachteiliges bekannt». In: SGA-Bulletin 1

Hürlimann, Gisela, 1996: Rendezvous mit der Kapo, SGA-Bulletin 2

Kern, Urs, 1992: Die Mauer-Steine fliegen bis nach Zug. In: SGA-Bulletin 4

Küng, Julia, 2022: Wer zahlt diesen Krieg? Bulletin 2

Landolt, Madeleine, 1993: Frauenprojekte in Ex-Jugoslawien. In: SGA-Bulletin 1

Lang, Josef, 2001: 21 Jahre krampfen und kämpfen. In: Bulletin 1

Lang, Josef, 2014: Alternative gegen Apartheid. In: Bulletin 1

Lang, Josef, 2019: Stasi im Kanton Zug. In: Bulletin 4

Lang, Josef, 2022: 40-mal vor der NordStream. In: Bulletin 1

Roth, Hanspeter, 1977: Editorial. In: Bresche-Info-Bulletin 1

Stuber, Martin, 1991: Der Lernprozess. In: SGA-Bulletin 3

Stuber, Martin, 1992: Ä Löüw, ä fräche Siech und ä Sürmel. In: SGA-Bulletin 4

Uster, Hanspeter, 1989: Zuger Spezialitäten. In: SGA-Bulletin 2

Uster, Hanspeter, 1991: Die offizielle Schweiz stellt sich taub. In: SGA-Bulletin 2

Uster, Hanspeter, 1995: Gegen die Ost-Mafia. In: SGA-Bulletin 4

Zeiter, Berty 2007: Erfolg internationaler Solidarität. In: Bulletin 1